

## 16. Wahlperiode

---

### Antrag

der Fraktion der FDP

#### **Förderung der deutschen Sprache in der Europäischen Union voranbringen**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat auf, sich bei der Bundesregierung und auf europäischer Ebene für eine Förderung und stärkeren Berücksichtigung der deutschen Sprache in der Europäischen Union (EU) einzusetzen.

Dies soll erreicht werden, indem zeitkritische Vorgänge wie beispielsweise europaweite Ausschreibungen, Dokumente in der Entstehungs- und Entscheidungsphase sowie Datenbanken und Internetauftritte neben Englisch und Französisch zeitgleich stets auch auf Deutsch veröffentlicht werden.

#### *Begründung:*

2008 wurde als europäisches Jahr des interkulturellen Dialogs ausgewählt, um durch verschiedene Projekte sowohl auf die Erweiterung der EU und Liberalisierung der Arbeitsmärkte als auch auf eine Ausdehnung der Sprach- und Kulturkreise aufmerksam zu machen. Diese Vielsprachigkeit ist trotz des oft angeführten enormen finanziellen und personellen Aufwands unverzichtbar und hat elementare Bedeutung für das Selbstverständnis der Mitgliedsstaaten und der Gemeinschaft.

Diese kulturelle Vielfalt spiegelt sich aber im praktischen Sprachgebrauch der europäischen Institutionen bzw. in der offiziellen Kommunikation der EU nicht wider, da beispielsweise die deutsche Sprache, die mit 90 Millionen Muttersprachlern zur meistgesprochenen Sprache der EU zählt, nicht angemessen berücksichtigt wird. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund der EU-Osterweiterung verwunderlich und bedauerlich, da in vielen mittel- und osteuropäischen Staaten Deutsch zweite, wenn nicht sogar erste Fremdsprache ist.

Mit dieser Tatsache hat sich bereits die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Bundestag befasst, die der Bundesregierung in ihrem Schlussbericht empfiehlt, „sich gegenüber dem Rat der Europäischen Union und den europäischen Institutionen für die vollständige und ausnahmslose Gleichberechtigung des Deutschen als Arbeitssprache sowie dafür einzusetzen, dass bei allen Veröffentlichungen, Da-

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses können über die Internetseite

[www.parlament-berlin.de](http://www.parlament-berlin.de) (Startseite>Parlament>Plenum>Drucksachen) eingesehen und abgerufen werden.

tenbankstandards, Konferenzen und Ausschreibungen Deutsch den anderen dabei verwendeten Sprachen gleichgestellt wird.“ Dieser Aufforderung schließt sich das Berliner Abgeordnetenhaus uneingeschränkt an und fordert den Senat auf, selbst Einfluss zu nehmen und die Berliner Position zu vertreten.

Offiziell hat die EU zwar 23 Amtssprachen, doch können Organe in ihrer Geschäftsordnung für den internen Geschäftsablauf Sprachen festlegen, die beispielsweise für das Abfassen von Arbeitsdokumenten benutzt werden. Während beispielsweise die Europäische Kommission die drei Sprachen Englisch, Französisch und Deutsch festgelegt hat, entscheidet der Europäische Rat turnusmäßig neu über die Sprachregelung.

In der Praxis werden aber elementare Dokumente in der Entstehungsphase, europaweite Ausschreibungen, allgemeine Internetauftritte und Wirtschaftsdatenbanken zeitlich versetzt bzw. gar nicht in die deutsche Sprache übersetzt, mit weit reichenden Konsequenzen und Nachteilen für Staat, Gesellschaft und vor allem die Wirtschaft. So sind beispielsweise kleine und mittlere Unternehmen bei europäischen Ausschreibungen benachteiligt, wenn sämtliche Unterlagen in Englisch und oder Französisch veröffentlicht werden, aber nicht mehr fristgerecht übersetzt und entsprechend bearbeitet werden können. Aufgrund der Bedeutung der deutschen Sprache für die EU-Mitgliedsstaaten in Mittel- und Osteuropa ist diese Benachteiligung kein rein regionales bzw. nationales Problem, sondern verzerrt den länderübergreifenden, freien Wettbewerb der gesamten EU.

Ähnliche Konsequenzen für politische Organe bzw. indirekt auch die Bevölkerung ergeben sich für den Fall, dass Dokumente und Vorlagen nur in Englisch und Französisch vorliegen, was den Bearbeitungsaufwand, das Abstimmungsverhalten und auch die Vermittlung an die Bürger deutlich erschwert.

Das Jahr des interkulturellen Dialogs ist entsprechend zu nutzen, die deutsche Sprache innerhalb der EU-Institutionen und damit auch in allen 27 Mitgliedsstaaten zu fördern.

Berlin, 19. Februar 2008

Dr. Linder Dragowski  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der FDP